

Flucht und Migration als Herausforderung christlicher Sozialethik

Peter Schallenberg, Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle Mönchengladbach

In der politischen Diskussion über den richtigen Umgang mit der aktuellen Flüchtlingsbewegung haben manche europäische Politiker wie der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán oder der Vorsitzende der polnischen Regierungspartei PiS, Jaroslaw Kaczynski, vor einem Verlust der christlichen Identität Europas durch die mehrheitlich muslimischen Flüchtlinge gewarnt. Auch in Deutschland spielt dieses Narrativ in der flüchtlingspolitischen Debatte explizit und mehr noch implizit eine nicht unerhebliche Rolle. Das Akronym der rechtsradikalen und fremdenfeindlichen PEGIDA-Bewegung beispielsweise steht für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx, hat dazu klargestellt, dass genau das Gegenteil der Fall ist: Die christliche Identität Europas wäre dann gefährdet, wenn wir den Flüchtlingen nicht helfen würden. „Wenn wir Menschen in Not an unseren Grenzen sterben lassen, dann pfeife ich auf die christliche Identität“, so Marx¹ wörtlich. Er erinnert damit daran, dass Jesus selbst das Gebot der Nächstenliebe neben jenes der Gottesliebe gestellt hat: „Kein anderes Gebot ist größer als diese beiden“ (Mk 12,31).

Genau hier sieht der französische Religionsphilosoph Rémi Brague den, wie er es nennt, „abrahamischen Überschuss“, also die Überbietung des Gesetzes durch persönliche und personale Offenbarung Gottes, die bei Abraham beginnt und mit Jesus Christus den Gipfel erreicht: „Im Christentum wird die durch die Verkündigung des Gesetzes gewonnene Nähe Gottes überhöht durch eine noch unmittelbarere Intervention, nämlich durch die Menschwerdung Christi.“² Es ist entscheidend und bezeichnend zu sehen, dass hier eine aufsteigende Linie von jüdischer Offenbarung in Abraham (und eben nicht nur im Gesetz) hin zur christlichen Offenbarung in gottmenschlicher Person gezeichnet wird. Dieser abrahamische Überschuss der personalen Offenbarung des Guten und Gerechten darf keinesfalls in den Überlegungen christlicher Ethik verloren gehen.

Das zentrale Identitätsmerkmal des Christentums ist vor diesem Hintergrund also nichts Institutionelles, kein Korpus an bestimmten Gesetzesvorschriften etwa, sondern jene Liebe, die Christus selbst nicht nur gepredigt und vorgelebt hat, sondern die er als Sohn Gottes selbst verkörpert hat. Brague stellt deshalb fest: „Das, was man ‚christliche Zivilisation‘ nennt, ist nichts anderes als die Gesamtheit der ‚Nebenwirkungen‘, die der Glaube an Christus auf die Zivilisationen hatte, die seinen Weg gekreuzt haben.“³

Die Kernaussage der theologischen und kirchlichen Stellungnahmen zu dem Thema „Migration und Integration“ lässt sich so zusammenfassen, dass Kirche und Gemeinden eine anwaltschaftliche Rolle gegenüber Flüchtlingen und Migranten einnehmen sollen. In den Begründungsmotiven spiegelt sich dabei die bunte theologische Diskussion der damaligen Zeit wider. Zum Teil wird auf das klassische sozialethische Prinzip der Solidarität rekurriert, zum Teil wird in dem Fahrwasser der Politischen Theologie und der Befreiungstheologie mit

¹ <http://www.katholisch.de/video/16086-jeder-mensch-ist-ebenbild-gottes> (abgerufen am 11.11.2015).

² Rémi Brague, *Die Weisheit der Welt. Kosmos und Welterfahrung im westlichen Denken*, München 2006, 199.

Christen und „Christianisten“. Interview mit Remi Brague, in 30 Tage, Heft 10 2004.

der Option für die Armen argumentiert. Vor dem Hintergrund der naturrechtlichen Tradition der kirchlichen Moral- und Soziallehre ist jedenfalls auffällig, wie stark in allen diesen Stellungnahmen auf biblische Motive zurückgegriffen wird. Es wird dabei nicht nur auf das Gebot der Nächstenliebe, sondern auch auf biblische Narrative zum Thema Migration rekurriert, beispielsweise auf das Exil des Volkes Israel in Ägypten oder auf Flucht- und Fremdheitserfahrungen von Jesu selbst. „Es ist es kein Zufall, daß sowohl die Glaubensgeschichte Israels als auch die Geschichte der Kirche als eine Geschichte der Migration betrachtet werden können“, heißt es im Gemeinsamen Wort der Kirchen. In der Terminologie Politischer Theologie im Gefolge von Johann Baptist Metz klingt das folgendermaßen: „Die Kirche als Erinnerungsgemeinschaft derer, die an den Gott Jesu Christi glauben, der mit seinem Volk einen Weg in der Geschichte geht, hält die Memoria an die Erfahrungen lebendig, die sie als Volk Gottes in Kontinuität zum Volk Israel ‚auf dem Weg‘ gemacht haben.“⁵

Dass Flucht und Migration auch eine besondere Herausforderung christlicher Nächstenliebe darstellen, ist zumindest in der deutschen theologischen Diskussion also schon vor geraumer Zeit hinlänglich herausgearbeitet worden. Im Folgenden soll deshalb die Frage im Vordergrund stehen, inwieweit christliche Nächstenliebe auch als Prinzip und Leitbild politischen Handelns in der Flüchtlingskrise verstanden werden kann. Zumindest auf den ersten Blick scheint das ein eher abwegiger Gedanke zu sein. Denn Nächstenliebe wird gemeinhin zwar als christliche Kardinaltugend, aber nicht als politisches oder sozialetisches Prinzip verstanden. In kontroversen politischen Debatten – man denke mit Blick auf die letzten Jahre etwa an den Mindestlohn, die Schuldenkrise oder die Agenda 2010 – wird nicht Nächstenliebe eingefordert, sondern regelmäßig drehen sich die Diskussionen um sozialetische Prinzipien wie Gerechtigkeit und Gemeinwohl. Und selbst manche theologische Sozialetiker reagierten irritiert, als Papst Benedikt in seiner 2009 erschienenen Sozialzyklika nicht die Gerechtigkeit, sondern die „Liebe in der Wahrheit“ („Caritas in Veritate“) als das zentrale Leitprinzip der kirchlichen Soziallehre bezeichnete.⁶ Das ist zunächst einmal auch gar nicht verwunderlich mit Blick auf den politischen Diskurs der Moderne. Waren die Untertanen in vormodernen Zeiten auf die Tugendhaftigkeit der allmächtigen Herrschenden angewiesen, so begrenzt der liberale Rechtsstaat heutzutage die Macht der öffentlichen Gewalten. Die *rule of man* ist durch die *rule of law* abgelöst worden. Wichtiger als die individuelle Tugendhaftigkeit der politischen Akteure sind deshalb Fragen der Verfassungs- und der Verfahrensgerechtigkeit des politischen Systems.

In der Tat ist es nicht einfach mit einer realistischen Politik und einer idealistischen Nächstenliebe. Idealtypus christlicher Nächstenliebe ist bekanntlich der barmherzige Samariter (Lk 10, 25-37). Er findet den von Räubern Halbtotgeschlagenen und nimmt sich seiner an. Es geht hier um Mitgefühl, Mitleid und Hilfe in einer konkreten zwischenmenschlichen Begegnung. Und da liegt schon ein erstes Problem, auf das bereits der schottische Aufklärungsphilosoph Adam Smith hingewiesen hat. In seiner „Theorie der

⁴ Ebd., Ziffer 125.

⁶ Rethmann, Asyl (s. Anm. 6), 287.

⁶ „*Caritas in veritate*“ ist das Prinzip, um das die Soziallehre der Kirche kreist“, Benedikt XVI., Enzyklika *Caritas in Veritate*, hrsg. v. Sekretariat der DBK (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 186), Bonn 2009, Ziffer 6.

ethischen Gefühle“ von 1759 zeigte er, dass eine auf Mitgefühl fußende Ethik nur in der sozialen Kleingruppe funktioniert.⁷ Aber in der modernen unüberschaubaren Welt versagen unsere ethischen Gefühle oftmals.

Die mediale Darstellung und die öffentliche Diskussion der Flüchtlingskrise bestätigen Smiths These. Wenn wir in der persönlichen Begegnung oder auch in den Medien etwas von dem Schicksal einer einzelnen Flüchtlingsfamilie erfahren, dann rührt uns das an. Uns allen hat sich das Bild von dem kleinen Aylan Kurdi eingebrannt, der tot an die türkische Küste gespült worden war. Er selbst, sein zwei Jahre älterer Bruder und seine Mutter starben bei dem von skrupellosen Schleppern organisierten Versuch, in einem Schlauchboot von der Türkei nach Griechenland überzusetzen. Vorher hatte sich die Familie um eine legale Übersiedlung nach Kanada und Europa bemüht. „Der Untergang Europas“ titelte die spanische Zeitung „El Periódico“ und druckte das unerträgliche Foto ab. Das war nur zwei Tage, bevor Kanzlerin Merkel und Kanzler Faymann die deutsche und die österreichische Grenze für Flüchtlinge öffneten. Ganz sicher standen sie dabei genauso unter dem Eindruck des entsetzlichen Schicksals der Familie Kurdi wie die vielen Menschen, die die in München und Wien ankommenden Flüchtlinge begrüßten.

Mit der wachsenden Zahl der Flüchtlinge wuchs aber auch wieder die Distanz zu ihnen. Die anonyme Masse von hunderttausenden Flüchtlingen, später die tausenden Menschen in dem Lager in Idomeni haben nicht im vergleichbaren Maße die Herzen der Menschen öffnen können. Denn Empathie braucht den Blick auf den Einzelnen, wie schon Smith gezeigt hat. Mit massenhaftem Leid scheinen Geist und Seele des Menschen dagegen tendenziell überfordert zu sein. Mehr noch: Die große Zahl an Flüchtlingen hat zunehmend sogar Befürchtungen geweckt und Abwehrreaktionen hervorgerufen. So konnte bei einer wachsenden Zahl von Menschen die Angst allmählich die Oberhand über das Mitgefühl gewinnen. Das muss man bedauern, und gerade die Kirchen haben den Auftrag, den Menschen den Wert der Nächstenliebe immer mehr zu erschließen. Zugleich muss man den Stimmungswandel aber wohl auch ganz nüchtern als Indiz dafür werten, dass irgendwann um die Jahreswende herum die Zahl der Flüchtlinge, die in kurzer Zeit nach Deutschland gekommen sind, eine Größenordnung erreicht hatte, bei der die Mitte der Gesellschaft das Gefühl der Überforderung anfangen zu beschleichen. Spätestens damit aber war ein Punkt erreicht, ab dem die Begrenzung des Zuzugs ein Gebot politischer Klugheit geworden ist, und zwar aus drei Gründen: Erstens weil es um den Erhalt des gesellschaftlichen Grundkonsenses und des sozialen Zusammenhalts geht, der auch für die Herausforderung der Integration notwendig ist. Zweitens kann sich die Regierung nur dann einen humanitären Handlungsspielraum erhalten, wenn sie die Mehrheitsfähigkeit ihrer Flüchtlingspolitik sicherstellt. Und drittens sind die Ressourcen endlich, gerade weil bestimmte Standards bei Unterbringung, Versorgung und Integration sowohl im Interesse der Flüchtlinge als auch der Aufnahmegesellschaft unbedingt aufrecht erhalten werden müssen.

Auch das ist eine restriktive Bedingung für die Nächstenliebe in der Politik: Nicht alles, was mit Blick auf den Einzelfall moralisch wünschenswert wäre, kann für eine Vielzahl von Einzelfällen umgesetzt werden. Aber gerade die abstrakte Regelung von Sachverhalten für

⁷ Adam Smith, Theorie der ethischen Gefühle, hrsg. u. übers. v. Walther Eckstein, unveränd. Nachdruck, Hamburg 2004.

eine Vielzahl von Fällen ist eben das Geschäft der Politik, und das ist auch der zentrale Unterschied zu dem Handeln des barmherzigen Samariters. Manche Sozialtheoretiker warnen deshalb bisweilen sogar ausdrücklich davor, dass sich Politiker den barmherzigen Samariter zum Vorbild nehmen. Der Wirtschaftsnobelpreisträger James Buchanan (1919-2013) spricht vom „Samariter-Dilemma“⁸. Er meint damit, dass politisches Handeln neben den angezielten Effekten immer auch unintendierte Nebenfolgen hat, weil es Anreizstrukturen schafft und Erwartungshaltungen hervorruft. Unvermeidlicherweise wurde auch mit Entscheidung vom 4. September ein Anreiz geschaffen, dass sich immer mehr Flüchtlinge überhaupt erst auf den lebensgefährlichen Weg machten.

Dieses moralische Dilemma konnte Europa nur dadurch auflösen, dass der Flüchtlingsstrom über die Türkei, Griechenland und die Balkanroute gestoppt wurde. Das ist zunächst in ungeordneter und deshalb inakzeptabler Weise durch die Schließung der Grenzen auf dem Balkan bis nach Mazedonien geschehen. Es war deshalb richtig, auch danach das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei voranzutreiben. Weil Flüchtlinge nun von Griechenland in die Türkei zurückgebracht werden, ist der Anreiz außer Kraft gesetzt, sich und seine Kinder in die Hände skrupelloser Schlepper zu geben und in schrottreife Ruderboote zu setzen.

Unter ethischen Gesichtspunkten ist das aber freilich noch keineswegs hinreichend für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Europa muss vielmehr desweiteren erstens den Flüchtlingen in den Nachbarländern Syriens helfen, und es muss zweitens auch eine signifikante Zahl von ihnen aufnehmen. An beiden Anforderungen scheitert Europa derzeit noch. Die große Flüchtlingsbewegung von Menschen aus Syrien und dem Irak wurde im Jahr 2015 erst dadurch ausgelöst, dass viele von ihnen in den Erstaufnahmeländern Libanon, Jordanien und vor allem der Türkei keine soziale Perspektive für sich und ihre Kinder mehr sehen konnten. Im Sommer 2015 war noch nicht einmal mehr die Grundversorgung der Menschen gesichert, weil das Nahrungsmittelprogramm WFP (*World Food Programme*) der Vereinten Nationen viel zu wenig Mittel von den Mitgliedsländern zur Verfügung gestellt bekommen hatte.

Das eigentlich entscheidende Problem lag und liegt aber gar nicht in der mangelhaften materiellen Versorgung der Flüchtlinge, die inzwischen auch behoben worden ist. Viel wichtiger ist die völlige Abhängigkeit der Menschen, denen es vor allem verwehrt ist, einer Erwerbsarbeit nachzugehen und auf diese Weise sich und ihre Familien selbständig zu ernähren und zu versorgen. Diese Entmündigung und Abhängigkeit wird von vielen Flüchtlingen als derart bedrückend und demütigend empfunden, dass sie oftmals sogar die relative Sicherheit der Camps aufgeben und es stattdessen vorziehen, eine schlechtbezahlte illegale Beschäftigung aufzunehmen. Auch machen sich viele Eltern Sorgen um die Zukunft

ihrer Kinder, weil keine ausreichende Beschulung in den Fluchtländern möglich ist. Zumindest bei diesem Problem könnte die Europäische Union leicht helfen, und sie hat auch die Absicht bekundet, das in Zukunft verstärkt zu tun. Es ist aber auch durchaus denkbar, dass die EU die Initiative zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge in den Erstaufnahmeländern ergreifen könnte. Der Ökonom und Migrationsforscher Paul Collier

⁸ Siehe James Buchanan, The Samaritan's dilemma, in: Edmund Phelps (Hrsg.), Altruism, Morality and Economic Theory, New York 1975, 71-85.

Vgl. Thomas Gutschker, Wie der Hunger die Syrer in die Flucht trieb, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 08.11.2015.

schlägt explizit den von den Europäern finanzierten Aufbau einer syrischen Exil-Wirtschaft vor, in der die Menschen arbeiten und Jugendliche ausgebildet werden können.¹⁰ Damit würde man ihnen ein Stück Autonomie und Würde zurückgeben und zugleich Humankapital für die Zeit des Wiederaufbaus nach dem Ende des Krieges in Syrien heranbilden. Auch die politische Stabilisierung Syriens nach dem Krieg wird maßgeblich von einer schnellen wirtschaftlichen Erholung abhängen. Collier berichtet von seinem Besuch in Zaatari, dem größten Flüchtlingslager in Jordanien mit mehr als 80.000 Bewohnern. Bei dieser Gelegenheit hat er festgestellt, dass nur einige Fahrminuten von dem Camp entfernt ein stillgelegter Industriekomplex mit voll ausgestatteter Infrastruktur existiert. Das könnte seiner Ansicht nach der Ausgangspunkt sein zu einer Initiative, mit der Europa den Menschen vor Ort eine Perspektive geben, die Zukunft Syriens vorbereiten und zugleich den Fluchtdruck nach Europa verringern könnte. Zudem könnte die fragile wirtschaftliche und soziale Situation in den Erstaufnahmeländern entscheidend stabilisiert werden, wenn man nicht nur Flüchtlingen, sondern auch Einheimischen Beschäftigung in diesen Einrichtungen geben würde.

Die zweite Herausforderung, nämlich die weitere Aufnahme einer signifikanten Zahl von syrischen und irakischen Flüchtlingen durch Europa, scheint derzeit noch schwieriger zu realisieren sein. Jedenfalls darf es bei einer solchen Aufnahme in Zukunft nicht mehr danach gehen, wer die nötigen Ressourcen besitzt. Denn es schaffen derzeit überhaupt nur diejenigen bis Europa, die erstens einige tausend Dollar an Schlepperbanden bezahlen können und die zweitens körperlich fit genug sind, um die Strapazen einer solchen Reise zu überstehen; das sind vor allem junge Männer aus wohlhabenderen Familien. Ärmere oder Kranke hingegen haben gar keine Möglichkeit, sich auf den Weg nach Europa zu machen, Frauen und Kinder sind den Gefahren einer solchen Reise besonders schutzlos ausgeliefert. Im Augenblick gilt hier also das Prinzip *survival of the fittest*, das Vorrecht des Stärkeren also, und das ist unter ethischen Gesichtspunkten ein unhaltbarer Zustand. Weitaus besser wäre es, Flüchtlingskontingente festzulegen und hier besonders Schutzbedürftige zu privilegieren, etwa verwaiste Kinder, Kranke, Schwangere, alleinstehende Frauen mit Kindern oder Familien mit kleinen Kindern. Diese Kontingentflüchtlinge sollten dann in einem geordneten Verfahren und auf einem sicheren Weg, im Flugzeug also, nach Europa gebracht werden.

Ein solches Aufnahmeprogramm kann nur ein gesamteuropäisches Projekt sein; es ist jedenfalls offensichtlich nicht von Deutschland alleine zu bewältigen. Das entscheidende Problem hierbei ist freilich, dass im Augenblick bei fast allen EU-Ländern kaum Bereitschaft besteht, Verantwortung zu übernehmen. Zwar wird in Europa viel nach Solidarität verlangt, aber gemeint sind damit dann doch meist nur die eigenen Interessen. Die Osteuropäer wollen Schutz vor der russischen Hegemonie, die angeschlagenen Südeuropäer wollen eine Haftungsgemeinschaft mit Deutschland und den anderen wirtschaftlichen Leistungsträgern.

Der oben bereits zitierte Adam Smith könnte allerdings auch in diesem Fall ein guter Ratgeber sein. 17 Jahre nach seiner „Theorie der ethischen Gefühle“ veröffentlichte er 1776 jenes Buch, das ihn dann weltberühmt gemacht hat: „Der Wohlstand der Nationen“. Seine Empfehlung ist, in der Moderne zur Durchsetzung der Moral nicht mehr nur auf das Mitgefühl, sondern auch auf die Interessen der Menschen zu setzen, und dabei hatte er

¹⁰ Vgl. dazu und zum Folgenden Paul Collier, A real rescue plan for Syria's refugees, in: The Spectator v. 08.08.2015.

bekanntlich vor allem die wirtschaftlichen Interessen im Blick.¹¹ Das heißt konkret mit Blick auf das Thema der Flüchtlingspolitik: Die Bundesregierung sollte den Egoismus der europäischen Partner nicht nur beklagen, sondern sich ihn politisch zunutze machen. Wer in Europa etwas bekommen will, muss bereit sein, dafür auch etwas zu geben. Das ist keine Erpressung, sondern eine Überlebensfrage der EU. Denn als eine Gemeinschaft von Trittbrettfahrern wird sie sich moralisch und politisch kannibalisieren.

Die geringe Akzeptanz der vergleichsweise nach wie vor großzügigen deutschen Flüchtlingspolitik in den meisten anderen EU-Staaten liegt allerdings teilweise auch darin begründet, dass die Aufnahme von Flüchtlingen weithin als ungesteuerte und unbeherrschbare Zuwanderung wahrgenommen wird. Auch manche Äußerungen von Regierungsmitgliedern und Politikern haben dieses Missverständnis anfänglich befördert. Eine ungesteuerte Zuwanderung aber wird nicht zu Unrecht als Kontroll- und Souveränitätsverlust des Staates empfunden, der viele Bürgerinnen und Bürger beunruhigt. Aus diesen Gründen ist die Frage des Asyls für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge von der politisch gesteuerten Einwanderung klar zu trennen. Politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen in existentieller Not zu helfen, ist in der Tat ein Gebot der Nächstenliebe, der Mitmenschlichkeit und auch des humanitären Völkerrechts. Dieses Asylrecht allerdings gewährt zunächst einmal nur ein zeitlich begrenztes Aufenthaltsrecht, das grundsätzlich erlischt, nachdem die Fluchtursachen beseitigt sind, also etwa Krieg und Terror in Syrien und dem Irak beendet sind. Das heißt wiederum nicht, dass es nach dem Wegfall des Asylgrundes keinerlei Bleibeperspektive für die Menschen mehr geben soll. Aber das ist dann eben eine Frage politisch gesteuerter Einwanderung, und die ist im Einzelfall zu entscheiden und nach ganz anderen Kriterien zu beantworten als die Frage des Asyls. Während das Asylrecht eben ein humanitär begründetes

Menschenrecht ist, gibt es kein vergleichbares Recht auf Einwanderung. Gerade aber die Nicht-Unterscheidung beziehungsweise Vermischung dieser beiden grundverschiedenen Sachverhalte hat wesentlich dazu beigetragen, die öffentliche Debatte in der Flüchtlingskrise zu vergiften.

Der Migrationsforscher Paul Collier rät deshalb eindringlich dazu, politisch und rechtlich scharf zwischen Asyl und Einwanderung zu trennen. Während auch er für eine humanitäre und großzügige Flüchtlingspolitik plädiert, empfiehlt er zugleich eine pragmatische Einwanderungspolitik, die auch klare Bedingungen und Grenzen von Einwanderung definiert und durchsetzt. Eine solche Einwanderungspolitik muss auch aus genuin sozialem ethischen¹² Gründen drei Interessenkreise zu einem dem Gemeinwohl dienlichen Ausgleich bringen: erstens die Interessen der Migrantinnen und Migranten, die nach Europa kommen; zweitens die Interessen der Aufnahmeländer und der dort bereits lebenden Menschen; drittens – und dieser Kreis wird in der europäischen Diskussion meist ausgeblendet – die Interessen der Herkunftsländer und der dort zurückgebliebenen Menschen. Diese sind zum Wiederaufbau ihrer zerstörten Gemeinwesen existentiell darauf angewiesen, dass die meist jungen und gut ausgebildeten Leistungsträger nach dem Ende der Gefahr wieder in ihre Heimat zurückkehren und aktiv bei dem Neuanfang mitwirken. Der teilweise kritisierte und auch etwas belächelte

¹¹ Adam Smith, Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker, übers. v. Monika Streissler, hrsg. u. eingel. v. Erich W. Streissler, 2 Bde., Düsseldorf 1999.

Vgl. dazu Paul Collier, Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen, München 2014.

Hinweis von Kanzlerin Merkel, dass nicht alle Flüchtlinge aus Syrien werden hier bleiben können, sondern dass viele werden zurückkehren müssen und sich mit dem hier Erlernten in der Heimat einbringen sollen,¹³ ist insofern auch sozialem ethisch grundsätzlich zu unterstützen. Aufgabe der Kanzlerin und der Regierung wird es freilich sein, das dann politisch auch durchzusetzen, wenn die Zeit gekommen ist.

Auch die Frage, wer trotz des Wegfalls des Asylgrundes in Deutschland und Europa bleiben darf, sollte nach pragmatischen und zugleich humanitären Gesichtspunkten entschieden werden. Insbesondere sollte Familien, deren Kinder hier eine neue Heimat gefunden haben oder die gar hier geboren sind, großzügig eine dauerhafte Bleibeperspektive eingeräumt werden. Kinder nicht ein zweites Mal zu entwurzeln, sollte zum Prinzip werden, um der besonderen Fürsorgebedürftigkeit von Kindern Rechnung zu tragen. Im Übrigen ist es durchaus legitim und ein Gebot des Gemeinwohls, die Frage der Einwanderung auch nach den Interessen des Zuwanderungslandes zu entscheiden. Wer sich hier gut integriert hat, wer die Sprache erlernt und eine Ausbildung absolviert hat, wer hier arbeitet und sich und seine Familie aus eigener Kraft versorgt, dessen dauerhafte Einbürgerung liegt im Interesse beider Seiten. Wer solche Integrationsleistungen aber nicht erbracht oder sogar ausdrücklich

verweigert hat, erfüllt auch nicht die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht. Das kürzlich beschlossene Integrationsgesetz macht insoweit richtige Vorgaben.

Was auch in dem Integrationsgesetz nach wie vor allerdings zu wenig zur Geltung kommt ist, dass erfolgreiche Integration nicht nur den guten Willen und die Anstrengungen der Migrantinnen und Migranten voraussetzt, sondern auch die Offenheit und das

Entgegenkommen der aufnehmenden Mehrheitsgesellschaft.¹⁴ Hier liegt auch eine wesentliche Aufgabe für die Kirche und die christlichen Gemeinden, die einen langen Atem erfordern wird: Nächstenliebe bewährt sich nämlich nicht nur in der akuten Nothilfe, sondern auch und gerade in der zwischenmenschlichen Begegnung, die sich um ein wirkliches Verständnis und eine wahrhaftige Annahme des Anderen bemüht.

Genau hier setzt eben der schon bei Rémi Brague erwähnte abrahamische Überschuss und das christlich-jüdische abrahamische Modell an; es ist, bei Licht besehen, ein Überschuss und ein Modell fortschreitender und sich stets vertiefender Solidarität und Nächstenliebe. Denn der Kern der seit Abraham an jeden Menschen ergehenden personalen Offenbarung Gottes ist ja: die Welt wartet auf die Vollendung durch das menschliche Handeln, durch zutiefst menschliche Ethik. Brague sieht genau hier den entscheidenden Unterschied von Heidentum (im Sinn exzessiver Selbstfixierung) und Christentum: „Die Welt wurde als unvollkommen angesehen. Von nun an erscheint sie als vorläufig. Zudem nahm diese Unfertigkeit einen anderen Ton an: Was ein Zeichen der Zerbrechlichkeit, ja, Anzeichen einer drohenden Auflösung war, ist von nun an Fortschrittsverheißung, gar Erlösung. Dies bedeutet, dass die Welt in einem positiven Sinn unfertig ist, insofern sie dem menschlichen Tun offensteht, es herbeiruft und erwartet.“¹⁵ Die stetige Verbesserung der Bedingungen der Annahme des anderen Menschen und der weltweiten Solidarität ist genau die notwendige Folge der

¹³ Vgl. http://www.focus.de/politik/deutschland/fuer-die-zeit-nach-dem-krieg-merkel-erwartet-rueckkehr-vieler-fluechtlinge-nach-kriegsende_id_5250299.html (abgerufen am 25.05.2016).

¹⁴ Siehe näher dazu Arnd Küppers/Peter Schallenberg, *Flucht, Migration, Integration. Versuch einer sozialetischen Einordnung* (Kirche und Gesellschaft, Heft 426), Köln 2016, 12-15.

¹⁵ Brague, *Weisheit* (s. Anm. 2), 217.

Menschwerdung Gottes in Form einer Ethik von Gutheit und Gerechtigkeit. Gerade aus dieser nur scheinbar und nur unter Absehung von Gott unlösbaren Spannung von Idealität und Realität lebt die Ethik einer noch unvollkommenen und vorläufigen Welt.